

Widerwilligkeit unterliegt, desto mehr schwebel man natürlich in Phrasen von Weltfrieden, Witterveröhnung, Abrüstung usw. Ueber den Kampf gegen den Krieg enthält der 238 Seiten lange Bericht des Sekretariats der Internationale deshalb verständlicherweise nur höchst dürftige Zeilen (1) in denen außerdem noch ausdrücklich die Mitglieder der verschiedenen angeschlossenen Parteien benannt sind. Erst nach dieser Bericht: „Gegenüber dem Projekt eines weltweiten Sozialistischen Kampfes nehmen die einzelnen sozialistischen Parteien keine so vollkommen übereinstimmenden Standpunkte ein.“ Ferner: „Die Stellungnahme zu der Einrichtung des Weltbundes ist innerhalb der sozialistischen Parteien nicht einheitlich.“ Weiter: „Die Ergebnisse einer Rundfrage über die Stellungnahme der einzelnen Parteien zur Weltbündelung und zur interparlamentarischen Union zeigte jedoch so große Verschiedenheiten in den Ansichten der einzelnen Parteien, daß die Angelegenheit zur Weiterberatung verlagert werden mußte.“ „Vertagt“ wie alles, worüber man sich nicht einigt.

Wenn schon die Zweite Internationale im August 1914 auseinanderbrach, die feigige Internationale der reformistischen Regierungen und Kriegspolitiker aller Länder wird durch den tiefsten imperialistischen Windstoß auseinanderplatzen.

Die Klassenbewußte, die revolutionäre Arbeiterschaft der Welt erwartet daher nichts von dem Stelldichein der Reformisten aller Länder in Marseille. Die geirrenen Schieber der Exekutiv werden zu verhindern wissen, daß der Wille zum internationalen Klassenkampf, zum Kampf gegen jegliche Koalitionspolitik, zum Kampf für das proletarische Sowjetrußland, der auch bei zahlreichen der sozialistischen Internationalen angeschlossenen Proletariats vorhanden ist, wirklich zur Geltung kommt. Deshalb gilt es angesichts des Kongresses von Marseille von neuem alle uns noch fernstehenden Klassengenossen für die einzige wahrhaft proletarische Internationale, die Kommunistische Internationale, zu gewinnen.

Stegerwald zu den betrogenen Zentrumsarbeitern

Nach dem Zoll- und Stenerraub greife gegen Kleinhändler

Die „Kölnische Volkszeitung“, das Zentrumsorgan, berichtet am 17. August über die Jubiläumstagung der christlichen Sozialarbeiter in Köln. Dort sprach Stegerwald zu den Vorständen der Unternehmer, die die Löhne und sozialen Lasten zu hoch finden. Stegerwald erklärte, es ginge nicht an, Löhne und Soziallasten getrennt voneinander zu betrachten, beide gehörten zusammen. Dann erklärte er nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“:

„Gewiß hätten die Soziallasten eine Höhe wie in keinem anderen Lande der Welt unter Zusammenrechnung von Zoll- und Soziallast dieselbe der Lohnanteil an der Gesamtsumme in Deutschland doch erheblich höher. Dem in Amerika und auch hierher nach in England zuzurechnen, was für die Ausgaben Lohn und Soziallast geleistet werde, und hier sei festzustellen, daß die Arbeitsleistung des deutschen Arbeiters in keinem Lande Europas und in Nordamerika nur dem der dort herrschenden Lohnniveau entspricht der Werte überstossen werde. Bezüglich der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen führte Stegerwald etwa folgendes aus: Die Preispanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen droht sich zu einer sozialen Gefahr anzuwandeln. Wenn die Dinge noch einige Monate so weiterlaufen wie bisher, dann gehen die neuen Steuererträge nicht dazu hin, die Löhne nicht zu halten, dann ist die Notwendigkeit, und wir stehen vor einem allgemeinen Zusammenbruch. Dieser muß unter allen Umständen verhindert werden. Deshalb richte ich heute einen offenen Appell an die Adresse des Reichstages und der Regierung: Regierung, greife rücksichtslos hinein in dieses Weltverbrechen! Du redest damit das deutsche Volk!“

Diese furchtbare sozialen Ausführungen des Zollräubers Stegerwald sind nur darum bedauerlich, weil sie ein Thermometer für die große Unzufriedenheit der christlichen Arbeiter sind und zwar bezeugt diese Unzufriedenheit aus der begangenen Betrugswelt aller Lebensmittel durch Steuern und Zölle. Nun will Stegerwald die christlichen Arbeiter belagern und die Freiheit, mit der er die Arbeiter vom Kampf um höhere Löhne ablenken will, ist kaum mehr zu übersehen. Stegerwald will die ganze Erbitterung der hungernden Arbeiter auf die Zwischenhändler ablenken, gegen die er

von der Kultur-Regierung rücksichtslos eingreifen verlangt. Wir haben keinen Anlaß, uns während vor Lebensmittelräuber und Schieber zu stellen. Aber es muß gesagt werden, daß die Schuld an der Feierrung nicht die Kleinhändler, sondern die Großhändler, Großindustriellen und Großgrundbesitzer tragen. Und gegen diese wird die Kultur-Regierung selbstverständlich keinen Finger rühren. Die christlichen Arbeiter werden die Folgen des Steuer- und Zollraubs zu tragen haben.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften haben jetzt eine gute Gelegenheit. Die bisher christlich organisierten Arbeiter über die Rolle der Stegerwald und Konfessionen auszufragen. Ist jenseits die Steuern und Zölle durch, nachher jammern sie buchstäblich über die Feierrung und wollen die Arbeiter durch wirkungsvolle Maßnahmen vom Kern der Sache ablenken. Den christlichen Arbeitern muß gesagt werden, daß jetzt im Kampf gegen die Zollräuber die Erhebung der Löhne und der Achtstundentag durchgesetzt werden muß.

Freilich kann die Gewinnung der bisher christlich organisierten Arbeiter für den freigeberischen Gedanken nur dann fortschreiten, wenn der AOB seine Pflicht tut. Wenn die freien Gewerkschaften jetzt eine umfassende, entschlossene Aktion, um die Abwälzung der Zoll- und Steuerlasten einzuleiten würden, so könnten Hunderttausende von erbitterten Arbeitern mitgeriffen und für die freien Gewerkschaften gewonnen werden. Die bisher im christlichen Lager stehenden Arbeiter, der sich mit dieser einigt, daß der AOB seine Pflicht tut, hilft gleichzeitig mit dem Abmarsch der Arbeiter aus dem schwarzen Lager der Zollräuber zu beschleunigen.

Oktober 1917 an der deutschen Front!

Stehen Mitglieder und Sympathisierenden, die im Weltkrieg — nach dem Oktober 1917 bis Anfang Januar 1918 — an der West- oder Ostfront gewesen sind, werden hierdurch aufgefordert, kurz mitzuteilen, welche Einwirkung die russische Revolution Oktober 1917 auf die deutschen Truppenteile ausgeübt hat.

Die Berichte müssen möglichst genaue Angaben enthalten. Vor allen Dingen soll berichtet werden, wie die Soldaten auf die Nachricht der russischen Revolution reagierten.

Späterster Termin für die Einmeldungen 3. September.

Zentralkomitee der AOB.

Direktor: Wilhelm Pies, Berlin S 54, Köpenicker St. 38.

Pleite der Caboteure der internationalen Gewerkschaftseinheit

Im ersten Heft des zweiten Jahrgangs des „Gewerkschaftsarchivs“ nimmt der Herausgeber Karl Zwarg zu den Verhandlungen über die internationale Gewerkschaftseinheit Stellung. Seine Eigenschaften als Herausgeber dieser Monatshefte für die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung gibt dieser Stellungnahme ein besonderes Gewicht. Zwarg's Stellungnahme (die sich nicht ohne weiteres im Ganzen durchlesen kann) ist zwar nicht sehr schön, weil Zwarg selbst in keinem Verstande ein Genie ist, in jedem Verstande und jedem Verstande sofort und wiederholt zur Diskussion gebracht werden. Wir veröffentlichen sie im folgenden Wortlaut:

Amsterdam, 19. August

In diesem Problem, das wir in den letzten Monaten in diesen Heften des Archivs behandelt haben, wird uns von internationaler internationaler Gewerkschaftsseite noch geschrieben.

Wenn nicht alles täuscht, scheint die allmählich langweilig werdende Korrespondenz zwischen Amsterdam und Moskau ihrem Abschluß entgegenzugehen und werden sich Vertreter beider korrespondierenden Organisationen zu mündlichen Verhandlungen treffen. Hieraus deutet wenigstens ein in „Social-Democraten“, dem Organ der schwedischen Sozialdemokratischen Partei, erscheinendes Interview, das der Vertreter dieser Zeitung kürzlich in Genf mit Zouhary, dem zweiten Vorgesetzten des AOB, und dem internationalen Sekretär Oudegeest gehabt hat. Danach haben beide erklärt, daß sie keinerlei Einverständnisse gegen eine Konferenz mit den Russen zu erheben hätten, wenn diese nur, wie der allrussische Gewerkschaftsrat in seinem letzten an den AOB gerichteten Schreiben zu erkennen gibt, Beschwörungen gegen die Statuten des AOB zur Sprache bringen wollten.

Das Interview ist bisher unüberbrochen geblieben und die Wiedergabe der Erklärungen der beiden AOB-Vertreter durch den schwedischen Journalisten kann daher als richtig unterstellt werden. Mehr noch: es kann ebenfalls als feststehend angenommen werden, daß Zouhary und Oudegeest, die beide bisher keine Gelegenheit ungenutzt gelassen haben, um den Abbruch der Verhandlungen mit den Russen zu fordern, mehr als eine persönliche Auffassung zu äußern, die in den Kreisen der freigeberischen Arbeitervereine auf der in den letzten Wochen stattgefundenen Internationalen Arbeitskonferenz vorbereitet worden ist. Da diese Delegierten wiederum im allgemeinen dieselben Personen sind, die auch bei den Beschlüssen des AOB entscheidend mitwirken, so steht also vorberhand einer lebhaften und offenkundigen Begegnung mit den russischen Gewerkschaftsvertretern nichts mehr entgegen.

Warum hat man es aber dann überhaupt zu diesem schleppenden Austausch von Briefen kommen lassen, in denen man einander fortwährend vorbedachte, warum haben sich dann Oudegeest und Genossen noch auf der im Februar stattgefundenen Vorstandssitzung mit Händen und Füßen gegen eine Konferenz mit den Russen gekräftigt, und warum hat man die beharrliche Ablehnung auch dann noch fortgesetzt, als für jeden Einflüchtigen feststand, daß die Engländer auf eigene Faust mit den Russen weiterverhandeln werden?

Eine Konferenz, mit der nun Zouhary und Oudegeest einverstanden sind, hätten beide wirklich viel billiger haben können, wenn sie die Begehrtheit ihres Widerstandes auch nur einige Monate früher eingesehen hätten.

Wie jetzt die Dinge liegen, kann man nur annehmen, daß beide die Antwort der Russen als rettende Brücke begrüßten, da sie sich sonst von den anderen zu isolieren drohten. Wir können uns nun gut vorstellen, daß auch unter diesen wenigen Umständen die viel Begehrtheit für eine Konferenz mit den Russen verschwinden.

Aber nicht darum geht es, sondern die Frage des Augenblicks ist die: Will sich der AOB noch lange vor aller Welt lächerlich machen, indem er Resolutionen faßt, die stark für ihn angelegene Organisation aber zugleich mit dem Präsidenten des AOB sich einen Pappentitel um diese Resolution fummelt und sich mit Vertretern des allrussischen Gewerkschaftsrates wie mit den besten Freunden der Welt zusammensetzt?

Natürlich blieb es nicht bei diesem wenig erhebenden Schauspiel. Gleichzeitig setzte man in allen Ländern die Fäden in Bewegung und begann eine Pressekampagne, die die Gewerkschaften unter und innerhalb der Organisation noch erweiterte und unerschrocken auch die ganze Verschiedenheit nationaler Eigenschaften dokumentierte. In Frankreich schrieb man hundertmal und gedanklos, in Deutschland pebantisch und engstirnig, in Holland unständig und kindisch, in England gentlemanlike und weltwirtschaftsbewußt, in der Schweiz rundheraus und bestimmt, kurz: wie selten spiegeln sich in diesen Tagen in der internationalen Gewerkschaftspressen die Besonderheiten jedes einzelnen Landes wider.

Es war wirklich an der Zeit, höchste Zeit, daß diesem Schauspiel ein Ende gemacht wurde und es ist nicht zuletzt aus diesem Grunde, daß wir die eingangs erwähnte Erklärung begrüßen.

Gewerkschaftskongress, Arbeiter-Delegation und AOB-Prese

(Sig. Drahtber.) Berlin, 19. August

Im „Vorwärts“ erscheint eine Rundgebung des AOB, worin gegen die Gewerkschaftsopposition und gegen die AOB gehandelt wird. Es heißt, daß die AOB veruche, besondere Betriebsdelegationen für den Presekongress Gewerkschaftskongress aufstellen zu lassen; das sei eine kommunistische Verantwortungslösung, denn der Kongress sei keine agitatorische Schauveranstaltung nach Art der kommunistischen Parteiveranstaltungen; das Vertretungsrecht sei durch die Bundesstatuten geregelt; kurz und gut, der Kongress — d. h. die reformistischen AOB-Häupter — warte sich auf Verhandlungen mit Betriebsdelegationen keinesfalls einlassen. Die Entsendung von Betriebsdelegationen wäre deshalb eine ganz überflüssige Zeit- und Geldvergeubung, vor der zu warnen wir uns verpflichtet fühlen.

Gegen den früheren Präsidenten der Thüringischen Staatsbank, Koch, ist ein Verfahren wegen Meineid eingeleitet worden.

Die Blätter melden, daß an der Berliner Börse immer wieder die Nachricht kursiert, daß die Regierung beschlossen habe, den Kohlenbaronen im Ruhrgebiet einen Kredit zu gewähren, der zwei Drittel des Wertes der Kohlenbestände, also hunderte Millionen Mark betragen soll.

Neue Streiche der „Madame“ Kollantai

Von Michael Kolltai

Wir entnehmen diese ausgezeichnete Satire der „Dramba“.

Wir hätten davon nichts erzählt, wenn es nur Alexandra Michailowna Kollantai berührt hätte. Aber hier ist auch die Komintern verwickelt.

Es ist jetzt so eine Mode geworden — die Komintern zu entlarven. Warum sollen wir zurückbleiben?

Der Kern der Sache ist durchaus nicht kompliziert. Es ist so einfach, wie die Integrität. So einfach wie Schokolade. So einfach, wie die Wangelhütte von Frankreich herauszubekommen. So einfach, wie Selbstgebrannten durch russisch Bitter zu erziehen...

In Norwegen will schon seit langem die kommunistische Arbeit unter den Frauen nicht lappen. Merke! Maßnahmen wurden ergriffen, aber es half alles nichts.

Die allgegenwärtige Komintern wendet sich hin und her, — ob es denn doch nicht möglich sei, den norwegischen Frauenabteilungen auf die Beine zu treten.

Es gibt einen Ausweg: Angeht die Dummheit und der niedrigen Qualifikation der örtlichen Kräfte muß man zur propagandistischen Arbeit einige Dutzend Agitatoren aus dem Zentrum hirschen will sagen, aus Moskau.

An dieser Stelle wird der ständig gewordene Leier, der mit angeschlossenen Armen begierig anderer Erzählung lauscht, sich nicht zurückhalten können und einhellig fragen:

— Aber warum muß man? Eine russische Agitatorin kann doch kein Sterbenswörtchen norwegisch. Wenn sie sich sogar die größte Mühe geben sollte, die norwegischen Frauen werden doch nicht verstehen und die Weltrevolution nicht machen. Was zum Teufel?

Das ist nicht Ihre Sache, lieber Leier! Bitte nicht zu unterbrechen. Fragen — nach Schluß des Referats. Ich fahre fort.

... Aber auch eine solche selbstverherrlichende Maßnahme, wie die Ueberführung weiblicher Parteiführer aus Moskau nach Norwegen, führt auf den heftigsten Widerstand der norwegischen Behörden. Dieselben widerlegten sich kategorisch der Entreise

der Frauen mit roten Kopfhörern nach Norwegen. Wer wird denn Luft haben, Agitatoren hineinzu lassen und abendreich nach Frauen...

In diesem Punkte tritt nun die Genossin Kollantai auf den Plan.

Die Genossin Kollantai ist bekanntlich Sowjetbotschafterin in der norwegischen Hauptstadt Oslo (Christiania).

Die Anwesenheit des ersten weiblichen Botschafters in der Welt, dazu noch eine Sozialistin, — beifolgt außerordentlich langsam, die letzten wibegierigen Norweger wie die neugierigen Gaffer. Die norwegischen Zeitungen und Zeitschriften sind voll von allem möglichen Unsinn über die „Madame Kollantai“. Von der Presse animiert, lancieren manche Müßiggänger den größten des weiblichen Botschafters auf, besonders bei ihren offiziellen Sitten beim König. Trotz der Schwäche bei der Zeitungen und zur Enttäuschung der Nichtstuer erklärt Genossin Kollantai vor ihren Vätern nicht im Zylinder nach nicht in Hülarenhosen, nicht in einer Pelzine, die mit jenseitigen Brillanten geschmückt ist, sondern in einer gewöhnlichen, „normalen“ menschlichen Art. Aber trotzdem lauern immer neue und neue Gaffer dem Erscheinen der Genossin Kollantai auf. Nicht umsonst lautet ein altes norwegisches Sprichwort:

— In Oslo gibt es mehr Eier als Botschafter. Also, hat diese liebe Genossin Kollantai, — hört, hört! — einer gewaltigen Pan erstanden und durchgeführt, wie man Norwegen mit weiblichen Kommunistinnen anzuregen kann.

Einige Dutzend norwegischer Jungkommunisten wurden auf Befehl der Kollantai (sie verfügt in Norwegen wie zu Hause) dringlich nach Moskau kommandiert.

In dieses administrative Zentrum der Komintern gesammelt, wurden die Jungkommunisten dringlich, direkt vom Bahnhof nach dem Standesamt gebracht. Hier erwarteten sie — was war? — erwarteten sie in voller kriegerischer Ausrüstung einige Dutzend angeschauter Jungkommunistinnen.

— Eins! — Dreißig Jungkommunistinnen wurden durch eines Federatons des Standesamtes in Ehefrauen der norwegischen Jungkommunisten verwandelt.

— Zwei! — Dreißig junge Ehepaare werden auf einem Sattelwagen nach der norwegischen Gejandtschaft transportiert,

wo die Jungkommunistinnen als Ehefrauen norwegischer Unterthanen norwegische Pässe bekommen.

— Drei! — Die ganze Kompanie wird in den Zug gesetzt und faucht in gepolsterten Wagen ohne umzusteigen nach Norwegen.

Und die norwegischen Grenzbehörden, in ohnmächtiger Mühe mit den Zähnen knirschend, sind gezwungen, dreißig Jungkommunistinnen durch die verbotene Grenze zu lassen! Von nun ab sind sie doch echte Norwegerinnen mit funkelneuen knisternden Pässen. Und die Agitatorarbeit unter den norwegischen Arbeiterfrauen erhält so die notwendige Unterstützung!

Ihr glaubt, das ist alles? O nein! Da kennt ihr nicht die unerzählliche Genossin Kollantai.

Den Jungkommunisten wurde der Befehl erteilt, sich schleunigst scheiden zu lassen. Das geschieht innerhalb 24 Stunden. Die „roten Strohweiber“ behalten nach den norwegischen Gesetzen ihre erworbenen Bürgerschaft und verbleiben in Oslo zwecks Vorbereitung der Weltrevolution. Die freigewordenen Jungkommunisten aber fahren nach Moskau... um neue Frauen zu holen.

Wir wissen nicht, zum wievielten Mal gegenwärtig die erschütternde Operation der Einfuhr von Agitatoren nach Norwegen durchgeführt wird, wo Kollantai die Rolle des Schmeichlers und die unerwünschten Jungkommunisten die Rolle der dreißig trojanischen Pferde spielen. Wir wissen nur, daß der Produktionsplan nur zu 90 Prozent ausgeführt wurde: Einige der jungen Norweger verguden sich unterwegs in ihre mitreisenden Frauen und das Ergebnis war, daß sie es ablehnten, diese Frauen gegen neue einzutauschen und ließen sich auch durch keine Drohungen der norwegischen Zetaka (zentrale Kontroll-Kommunisten) einschüchtern. Ach, geflügelter Gros! Immer kriecht du in alle brauchbaren und unbrauchbaren Löcher hinein!

Was konnte man denn oben angeführten noch hinzufügen? Höchstens das, daß ein derartiger phantastischer Blödsinn in der ersten norwegischen Zeitung, „Göteborgs Handels- och Sjöfarts Tidning“ abgedruckt ist, und in der noch ernsteren, autoritativen „Frankfurter Zeitung“ nachgedruckt wurde und von der bürgerlichen Presse über Europa weiterverbreitet wird.

Der Weg eines Sozialdemokraten

Vom „Vorwärts“ auf den Müllhaufen

Arthur Zeller, ehemaliger Vorwärtsredakteur, Verfasser jenes Gedichtes, das sein Ersauern darüber ausdrückt, daß Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek noch nicht massakrirt sind, ist auf dem Wege über das Stimmblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bei Jugenberg, im „Berliner Sozialisten“ gefandelt.

Dieser laubere Arthur Zeller, ehemals ein sozialdemokratischer Musterknecht, weiß die Konjunktur zu nutzen. Mit Kommunisten-Hehe im „Vorwärts“ sing er an. Seine unverkündeten Auforderungen zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs sind ihm vom „Vorwärts“ gut bezahlt worden. Der Stern der Landhebung, Noke und Kumpans verblähte jedoch vor einem noch strahlenderen Gestirn am „republikanischen“ Himmel. Getreu der Lehre des „Vorwärts“, daß Sinnlos in seinem Werke nicht gestiftet werden soll als einer der größten Vahndreher des „Sozialismus“ stellte sich Arthur Zeller neben vielen anderen „Genossen“ in den Dienst dieses „Größten“. Stimmespleite „Woher? Ein ehemaliger Vorwärtsredakteur weiß sich zu helfen. Jugenberg hat ihn in Gnaden aufgenommen. Arthur Zeller darf im „Berliner Sozialisten“ schreiben. Und er schmückt über „Entscheidungen im Berliner Müll“ — Gehirne um Berlin — Ein Warenhaus des Abfalls — Vom Brillantiring bis zum Klügelstinken! Im übrigen eine Beschäftigung, die wir sämtlichen Vorwärtsredakteuren empfehlen.

Das Terrorregime der polnischen Heiler

Auf einer von der Internationalen Roten Hilfe aufgestellten Statistik fallen die Selbsttötungen in Polen in vier Bezirken 1919-20, 1920-21, 1921-22, 1922-23 und im Jahre 1923 109 Todesurteile.

An dieser Bluttat hat die polnische Bourgeoisie noch nicht genug. Alles deutet darauf hin, daß in diesem Jahre die Todesurteile in noch weit größerem Maße gefällt und vollstreckt werden sollen als in den vergangenen Jahren.

Protesttelegramme der Roten Hilfe und der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion

Ministerpräsident Grabski, Warschau.

Im Namen 300000 der Roten Hilfe angehörenden Arbeiter und Bürger, im Namen der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands erheben schärfsten Protest gegen Aburteilung Hibner, Kniecowski, Kuznetsov durch Standgericht. Fordern Ueberweisung an öffentliches Gericht. Neuer Justizmord durch Standgericht wäre Verstoß gegen die internationale Proletariat und aller recht denkenden Bürger. Wolle Verantwortung hätte polnische Regierung zu tragen.

Ministerpräsident Grabski, Warschau.

Kommunistische Reichstagsfraktion legt schärfsten Protest ein gegen Vorbereitung neuen Justizmordes an Arbeitern Hibner, Kniecowski und Kuznetsov. Wir warnen polnische Regierung, eine neue Bluttat auf sich zu laden. Internationales Proletariat würde Ermordung der drei Genossen nicht ungerächt lassen.

Ministerpräsident Grabski, Warschau.

Die kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktionen Deutschlands brandmarken das Standgerichtverfahren gegen Hibner, Kniecowski und Kuznetsov als Absicht, durch weitere Todesurteile das polnische Proletariat vom Kampfe gegen die Verbrechen der polnischen Regierung abzuschrecken, sozbern Freispruch und Einstellung der Justizverfahren.

Wie sie gegen Hindenburg „kämpfen“

Der Hindenburgrummel in München hat der bayerischen Sozialdemokratie Gelegenheit gegeben, ihren bekannten „Kampf gegen die Reaktion“ auf die altbewährte Weise fortzuführen. Die „Münchener Post“ erschien anlässlich der Ankunft Hindenburgs mit der großen dreispaltigen Ueberschrift:

Achtung vor dem Reichspräsidenten!

Ihr Leitartikel begann mit den Worten: „Der Reichspräsident von Hindenburg hat auch in der bayerischen Landeshauptstadt, in der er zu Gast weiß, vollen Anspruch auf die Achtung, die seinem hohen Amte gebührt.“ Nach einigen Ausführungen freundlichen Tadeln über die gemeinsamen Feldentaten Hindenburgs und Ludendorffs, bei denen immer wieder betont wird, Hindenburg habe es eben „nicht verstanden“, was Ludendorff da anrichte, gipfelt dieser sozialdemokratische Artikel in eine Verherrlichung der Tatsache, daß Hindenburg sich von den Ebert und Haase das Oberkommando nach Ausbruch der Revolution im November 1918 weiter übertragen ließ. Die Tatsache, daß im November 1918 der Rat der Volksbeauftragten die reaktionären Offiziere im Besitz der Macht ließ, bereitete bekanntlich die wachsende monarchistische Reaktion in Deutschland vor, die zum Kapp-Putsch und dann zur Hindenburgwahl führte. Ueber Hindenburgs damalige Bereitschaft, weiter zu kommandieren, schreibt die „Münchener Post“:

„Daß er es getan hat, wird ungerührt bleiben, wenn seine frühere Volkstätigkeit und seine Kriegsführung kein Mensch mehr rühmen wird. Jene Tat hat symbolischen Wert: Der Gedanke an Staat und Volk sagte über Bedenken, die aus Tradition und dem politischen Bekenntnis stammten... Diese Erinnerungen machten es uns Republikanern leichter, die Pflicht der gebotenen Achtung vor dem Reichsoberhaupt zu erfüllen.“

Das ist der sozialdemokratische „Kampf gegen die Reaktion“.

Trotz dieser byzantinischen Sprache seines Münchener Bruderblattes wagt es der „Vorwärts“, einen Leitartikel zu bringen mit der Ueberschrift: „Der bayerische Hindenburg und der laubdunkle Schmod.“ Weiterer Kommentar wirklich überflüssig.

Reichsarbeitsminister Brauns kündigt weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit an

Auf dem ersten Verbandstag der christlichen Metallarbeiter erklärte der christliche Reichsarbeitsminister Brauns, daß die Zahl der Arbeitslosen weiter wachsen werde. Ganze Anrechnungen würden Schiffbruch leiden. Diese Neuheiten, welche die Unfähigkeit aufzeigt, die Wirtschaft mit kapitalistischen Mitteln in Ordnung zu bringen, ist für die Arbeiter sehr gefährlich. Deshalb bedient sich Brauns völkischer Methoden, um die Arbeit: von der Erkenntnis der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu befeuern, möglichst weit abzubringen. Er sagt nämlich, Schuld trage das Bankkapital durch seine Wucherzinsen. Das nimmt nur zum Teil, legt aber die Schuld dem gesamten kapitalistischen System auf einen Teil dieses Systems, ganz nach der Praxis der Hiltferkute, die ja auch nichts anderes wollen, als die Arbeiter von der Befämpfung der Ausbeuter abulenken. Die Banken aber sind von der Lutherregierung mit der Hindenburgpräsidentenwahl mittels Reichswehr, Schupo und Justiz hinlänglich geschützt, so daß ihnen die: „Ablenkung“ nicht schaden kann. Und Herr Brauns nimmt ja selbst Teil an dieser herrlichen Regierung, die von diesem herrlichen System von Bank-, Industrie- und Agrarräubern eingeseht ist und es vertritt.

Parteitag der französischen Sozialisten

Große Worte — keine Taten

Der Sozialistenkongress gegen die Freiheit der Kolonialvölker

Paris, 18. August.

Der Sozialistische Kongress hat heute vormittag einstimmig eine Entschließung angenommen, in der er zur Marokko-Angelegenheit Stellung nimmt. Die Entschließung besagt, daß die Sozialistische Partei jede Verantwortung für das Marokko-Abenteuer ablehnt und eine offene Diplomatie fordert, um möglichst schnell zu einem Friedensschluß zu gelangen, in dem Spanien die Unabhängigkeit des Rifgebietes anerkennt und Frankreich und Spanien eine Verzichtung der Grenzen für das Rifgebiet zugestehen, um den Rifleuten die Möglichkeit zu geben, sich mit Lebensmitteln zu versehen. Sobald der Friede unterzeichnet ist, muß der Vertrag durch den Völkerbund wirksam werden. Außerdem wird in der Entschließung erklärt, daß die sozialistischen Abgeordneten und Senatoren die Kredite für die „koloniale Raubpolitik“ ablehnen, daß sie sich aber gegen die Aufforderung zur Desertion wenden, die von den Bolschewisten erlassen werde und daß die Sozialistische Partei sich der Räumung Marokkos widersetzen solle, die für die Zivilisation einen gefährlicheren Zustand schaffen würde als der status quo.

Zur Frage der Regierungsbeilegung wurde die von der Mehrheit unter Führung der Abgeordneten Leon Blum, Presse- und Brade ausgehende Tagesordnung mit 2210 Stimmen angenommen, während die von der Minderheit unter Führung des Abgeordneten Renaudel eingebrachte Tagesordnung nur 580 Stimmen auf sich vereinigte.

Die Tagesordnung Blum fordert, daß der Kongress die eventuelle Teilnahme der Sozialistischen Partei an einer von anderen Parteien gebildeten Regierung ablehnt. Unabhängig von den Schwierigkeiten, die sich aus der Eigenart der sozialistischen Aktion ergeben, würde die Teilnahme der sozialistischen Partei bei ihrem gegenwärtigen Stande und bei der Gesamtlage der politischen Verhältnisse den Interessen der Arbeiter und dem Sozialismus selbst schaden, ohne im übrigen irgendwenn und irgendwie die Aufgaben einer demokratischen Regierung zu erleichtern.

Schließlich wurde noch ein Protest gegen die Hinrichtung Botwins, der den polnischen Polizeigangstern Cechowski tötete, und gegen die Verfolgung verschiedener sozialistischer und kommunistischer Agitatoren in Polen angenommen.

Es war zu erwarten, daß der Kongress trotz aller Bemühungen einflußreicher Führer, die offen für den Ministerialismus eintreten, so entscheiden würde. Die sozialdemokratischen Führer können es nicht wagen, sich öffentlich mit der Regierung Painleve zu verbinden, deren unsoziale Finanzmaßnahmen auf den Schultern des Volkes lasten, die sich offen mit der Faschistenregierung Primo de Rivera zur gemeinsamen Niedererschlagung der Arbeiterbewegung verbindet. Die Arbeiter, die zum Kongress entsandt worden sind, haben den Scheinradikalen Parolen eines Leon Blum, eines Paul Faure zugestimmt und sie bejubelt, sie haben von ihnen sogar das Wort „Klassenkampf“ gehört und geben sich zufrieden.

Selten hat ein Kongress in einer ereignisreicheren Zeit getagt als die Konferenz der französischen Sozialisten. Was hat sie praktisch gebracht? Sie hat in keiner Weise einen Kampf gegen die Regierung der Banken, gegen Painleve und Caillaux, auch nur angedeutet. Sie hat sich für weitere, wenn auch „friedliche“ Unterdrückung Marokkos ausgesprochen. Sie hat sich der Mitarbeit an Sicherheitspakt gerühmt und den Völkerbund gelobt. Sie hat kein Kampfprogramm gegen die Leuzerung aufgestellt, sie hat keine einzige lebenswichtige Frage des Proletariats gelöst. Der Scheinradikalismus, der den Arbeiterdelegierten vorgespielt wurde, war aus bitterem Zwang geboren, genau wie ihre deutlichen Brüder würden die französischen Sozialisten in die Regierung gehen, sobald sich der günstige Augenblick bietet.

Nach Paris kommt in wenigen Tagen der Kongress von Marzelle. Auch dort werden viele radikale Reden zu hören sein — die sozialdemokratischen Arbeiter mögen aber einmal nicht bloß darauf hören, sondern nach Taten fragen — und die ganze Wohlheit der Eigeninternationalen wird sich ihnen zeigen.

„Alare Froni“

Die Leipziger Volkszeitung nimmt in einer reaktionellen Bewertung zu dem Parteitag der französischen Sozialdemokraten Stellung. Sie behauptet, daß die französische Sozialdemokratie jetzt eine „Alare Froni“ habe, und glaubt dies Urteil fällen zu können, weil der Antrag Brade im Fall Barenne angenommen worden und die Reden Faures und Blums für die Ablehnung einer Teilnahme an der Regierung und der weiteren Fortführung der Unterdrückungspolitik mit „kolonialen Operationen“ vom Kongress beantwortet worden seien. Die „L.V.Z.“ sucht bei ihren Lesern den Glauben zu erwecken,

„daß die französische Sozialdemokratie nunmehr entschlossen ist, allen Beschuldigungen, die das Kabinett Painleve mit seine Volkstätigkeit zu begegnen und die Bahn freizumachen für eine entschiedene Opposition gegenüber der Regierung, die in ihrer inneren und äußeren Politik sich als die Vollstreckerin der Klasseninteressen der französischen Bourgeoisie entpuppt hat.“

Wie unberechtigt ein solcher Glaube ist, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß Blum, der sich nur unter dem Druck der Kommunisten zu der Abzehrung an Painleve anschwang, in seiner Rede nicht etwa der Unterdrückungspolitik an sich den Krieg ansagt, sondern Herr Herviot auf neue Weise: „Senselben Herviot, unter dessen Regierung der gegenwärtige Marokkofriede begann“ sind denn die Beschlüsse Herviot's verurteilt.

Der mit Hilfe von Chauley den Krieg vorbereitete, Beschlüsse, die unter dem schlaunen Vorwand der Verteidigung des eigenen Territoriums gefaßt wurden? Unter dem Regiment Herviot's trat Chauley sowohl seine militärischen als auch seine Blodabvorbereitungen. Ist es denn vergessen, daß dieselben Herren Blum, Brade und Faure im Juni nach dem Verlauten des Abgeordneten Doucet, des Salaten des Comité des Forces (Komitee der Großindustriellen) ausgestellt haben, um in der Marokkofrage die „Einheit der französischen Parteien“ zu manifestieren? Solche Klassensozialisten können keinen klaren Kurs halten, sie werden von ihrer eigenen Opposition'stellung sich auch fernhalten, als die Vollstreckter der Klasseninteressen der französischen Bourgeoisie entpuppt. Nur suchen sie die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter mit geschickten, Scheinradikalen Redensarten hinter's Licht zu führen.

Die Taktik des Blums

Da die sozialdemokratische Presse aus durchlässigen Gründen keine klare Berichterstattung über den Parteitag der französischen Partei bringt, zitieren wir die „Volksliche Zeitung“, die einen Bericht gibt, der klar die Taktik der Parteistellung aufzeigt:

„Bezeichnend für die Taktik der Sozialisten war die Rede Leon Blums auf der gestrigen Sitzung des Kongresses. Blum bemüht es zu erklären, daß die sozialistische Partei gegenüber dem Kartell sowie gegenüber der Regierung keine Partei der Verschlingungen übernommen habe. Er sagt lediglich: „Nicht wir haben gefehlt. Wenn die Dinge sich jetzt anders gestalten haben, so ist das nicht durch unsere Arbeit, nicht durch unsere Schuld geschehen.“ Er vermied es ebenfalls, zu erklären, daß man mit den Radikalen nicht weiter zusammengehen könne. Er erklärte nur: „Unter der Führung der Radikalen gruppieren sich sehr verschiedene Elemente, verschieden sowohl hinsichtlich der politischen Bildung, wie auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Ueberzeugungen. Die sozialistische Partei tut am besten, abzuwarten, bis sich die besten Elemente der radikalen Partei an unsere Seite angeschlossen haben.“

Blum warnte dann weiter davor, in einer Entschließung festzusetzen, daß die sozialistische Partei sich ein für allemal von einer weiteren Unterdrückung einer radikalen Regierung fernhalten werde. Man müsse es unbedingt vermeiden, daß die extremen Tendenzen in der Partei zu sehr zum Durchbruch kommen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Leon Blum hat sich auf dem Standpunkt gestellt, daß die sozialistische Partei angesichts der Konkurrenz der Kommunisten bessere Wahlausichten erwidert durch eine offene Opposition'stellung als durch eine auf die Beeinflussung der allgemeinen Politik gerichtete politische Betätigung im Parlament.

Der Fortgang des Parteitages

Auf dem Parteitag wurde eine 27köpfige Kommission eingesetzt, die eine Kompromißformel in der Frage der Unterstützungspolitik und der Beteiligung an der Regierung ausarbeiten soll. Bisher sind dieser Kommission zwei Tagesordnungen zur Bearbeitung vorgelegt worden: die eine von Renaudel und Grumbach unterzeichnet, ist für die Beteiligung an der Regierung unter gewissen Umständen, eine andere ist zwar gegen Beteiligung aber für Unterstützungspolitik unter gewissen Umständen.

Ein „Sozialist“

Unter diesem Titel porträtiert der bekannte Royalist Leon Daudet in der „Action française“ recht ergötlich den neugeborenen „Protonul“ von Indochina, den „Sozialisten“ Barenne.

„Er ist ein Sozialist, gerade so wie ich ein Dampfboot bin, oder auf die Art von Albert Thomas (dem „sozialistischen“ Munitionsminister während des Krieges und jetzigen Vizepräsidenten der internationalen Arbeitsamt Genf), die ohne Risiko sehr einträglich ist. Er ist ein Erzradikaler, der, um sichere Karriere zu machen, sich zweimal mit roten Ripoln wuschte. Nie las er Proudhou und nie schlägt er den Karl Marx auf und über „Theorie“ diskutiert er überhaupt nicht. Er weiß ebenso wenig von Geographie, Geschichte und Wissenschaft wie sein Herr und Meister Briand. In vier Jahren hielt er im Parlament keine Rede, die nicht von feinerster Sachkenntnis beherrschet gewesen wäre. Aber er ist ein mächtiger parlamentarischer Möbel, ein selbiger Abstimmungssuch, ein Geschäftsordnungskübel, der in Kommission zu schnorren weiß, und bei einer Wahlkampagne herrlich leuchtet... Und kommt einmal, wie heut mit den Trusen und den Marokkanern, auch zum Krieg mit den Ananiten — unser Barenne versteht gewiß trotzdem sein Geschäft weiter zu beziehen, was in den Augen der „Sozialisten“ ja unbestreitbar das Wichtigste ist.“

Der Parteikongress der SFJ hat eben pompös Barenne „als außerhalb der Partei stehend“ erklärt unter dem Vorbehalt, daß er sofort wieder Parteimitglied sei, nachdem er nicht mehr Gouverneur sei.

Erinnert dieses Porträt und dieser Ausschlußwindel nicht mit größter Komit an die Darmstadtsozialisten Bauer, Leinet und Konforten und an all die trübseligsten Mägen der Zertrums-„Marxisten“ von der SFJ?

In der II. Internationale heißt es wirklich durchs Band weg: Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Barenne und Konforten legen Ripolin auf und Stampfen & Cie „Luftröten“. Das heißen sie „Marxismus“ und „Klassenkampf“!

rote Hundertthausen in England

Londen. Die streifenden Bergarbeiter von Ammanford haben jetzt beschlossen, Arbeiter-Verteidigungsbattalione, also rote Hundertthausen, aufzustellen, und die Bergarbeiter des ganzen Bezirks, in dem es unlangst blutige Zusammenstöße mit der Polizei gegeben hat, zum gleichen Vorhaben aufzurufen. Das sei nötig wegen der Drohungen gegen den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, Coof und weiter wegen der Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Polizei. Der Bergarbeiterverband hat an die Labour-Party und an der Generalstaftkongress Schreiben gerichtet, worin erklärt wird, es würden militärische und faschistische Kräfte konzentriert und für die Niedererschlagung des Proletariats bereit gehalten. Die Labour-Party wird aufgefordert, dagegen eine Kampagne in Armee und Marine zu betreiben. Die Ausbeuterpresse ist außer sich und schreibt über Bolschewismus und „roten Versuch zur Eroberung von Armee und Marine“. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in England, dessen offener Ausbruch durch den „roten Freitag“ nur aufgeschoben ist, verwickelt sich von Tag zu Tag.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Gesamt-Gastspiel
des
Wiener Konacher-
Theaters

Täglich 8 Uhr:

„Der Die Das!“

Große
Ausstattungs-Revue
in 21 Bildern.

Circus Barum

Benderplatz — Rossplatz

Täglich abends 8 Uhr
Festspiele

mit 22 Sensations-Nummern

In jeder Vorstellung Kapitän Schneider
mit seinen

60 Quo vadis Löwen

Mittwoch u. Sonntag 2 Vorstellungen
Nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr

Eintrittspreise von 0.60 bis 4.00 Mk.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

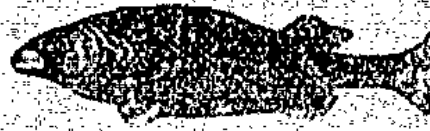
Hausfrauen Achtung!

Billigste Bezugsquelle
für Lebensmittel

Bassier, Klosterstr. 88

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Die beste und billigste Bezugsquelle



in Räucherwaren u. Salz-Schotten
Ad. Knauer, Trebnitzerstr. 48

Adolf Menzel

Landeshut i. Schl.
Motorfahrzeuge : : Fahrräder
Näh-Maschinen : : Auto-Bereifungen
Reparatur-Werkstatt
Emaillier- u. Autogene Schweiß-Anlagen

H. Döhnel, Schneidmich

Reichenbacher-Str. 64
Kolonial- und Gemischtwaren
Soden, Strümpfe, Hosenträger

Nähmaschinen

für Hausgebrauch u. Gewerbe
in verschiedenen Systemen und
Möbelausstattungen
sowie Versenkmaschinen

Josef Greulich

17 Hummerel 17
Fernspr.: Ohle 6357
Best-eingerichtete Reparaturwerkstatt.
Erleichterte Zahlungsbedingungen!
Bitte auf Vornamen u. Haus-Nr. achten!

Lehner

Blücherplatz 4

Schlesische Wäschefabrik

Ullrich & Krause

Dickhuhstraße Nr. 2

schräg über der Lutherkirche

Liefert Bett-, Leib- und
Tischwäsche reell u. billig

Berufskleidung am Wachtplatz

Telephon Ring 1724 Inhaber E. Abraham Friedr.-Wilh.-Str. 12

Bekleidung für alle Berufe

Spezialität:

Windjacken, Sommerjoppen, Sporthosen.

Kittel für den Roten Frontkämpferbund

5.95 Mark

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Beachtet beim Einlauf
unsere Inserenten

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau.

SINGER
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Singer-Läden überall

Sehr vorteilhaftes Einkaufshaus
für Damen- und Kinder-Bekleidung
Auf Wunsch Maßanfertigung

Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleider, Blusen
Wäsche, Trikots, Strümpfe
Woll- und Strickwaren / Seidenstrick
Höchste Leistungsfähigkeit infolge
Selbstanfertigung

Max Holzer, Breslau 1
Reuschestr. 57
Ecke Reußenohle

Albert Wagner
Friedrich Wilhelmstr. 26 u. 28
Modewaren
Damenkonfektion Brautausstattungen

Mohr & Co.
Schuhhaus
Poststr. 2, Ecke Ohlauerstr.

Brauerei und Ausschank
Zum grossen Meerschiff
Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. vom Königplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere.
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr

Nähmaschinen - Fleming
Liefert gut und preiswert
Zofienstr. 31 (Schulhaus)
Teilzahlungen — Reparaturen

Wilhelm Vogel
Schuhwaren
Friedrich-Wilhelm-Str. 66
Gegründet 1887

Ossyra's
Likörstuben

Baudachs Festäle
Frankfurter Str. 17/19
empfehl. seine Lokationen zu
Festivals
Jeden Sonntag Tanz

Trinkt
Nitschke-Korn
Krem u. Liköre

August Karrasch
Schuhwaren
Trebnitzer Straße Nr. 21
Reparatur-Werkstatt

Fahrräder in allen
Preislagen
schnelle, gefällige Modelle
Schnelle Teilzahlung
Schulz, Gabelstr. 11

Karsunky & Co.
Rosenthalerstr. 2 - Ecke Matthiastr.
Möbel-Teilzahlung

Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche
kauft man am billigsten bei
Fraenkel & Blick
nur Schmiedebrücke 3/4
Wir unterhalten keine Filialen

**Fahrräder auf
Teilzahlung**
Orong, Fahrradhandlung
Althüßerstr. 59 an der Ohlauer Str.

Alexander Wajtko, Likörfabrik
Klosterstr. 85 87 :: Tel. Ohle 5984
Siebenahnenstr. 18 :: Tel. Ohle 5161

Fahrräder u. Zubehör
in allen Preislagen — Schnelle Teilzahlung
Schnelle Teilzahlung
Fahrradhaus Gornalla, Breslau
Sonnenplatz, Ecke Telegraphenstr.

Zentral-Ballsaal
Westendstr. 50/52
Jeden Sonntag Tanz
Der Saal ist für Vereine bestens empfohlen

Herren- und Damenräder
zu günstigen
Zahlungsbedingungen gibt ab
Fahrrad-Handlung
Neumarkt 38 u. Schwenkfeldstr. 7

Zigarren, Zigaretten, Tabak
Richard Hübnert
Bismarckstr. 38

Hedwig Böhm
Friedrich-Wilhelm-Str. 61
Blusen / Kleider / Röcke
Wasch- und Lagerjacken

Teppiche Gardinen - Möbelstoffe
Joseph Spanier & Sohn
Seit 1890 nur **Ohlauerstr. 45** Ecke Promenade

Oskar Neymann
Drogenhaus
Albrechtstr. 7 und Neumarkt 18
Wirtschafts-Artikel

St. Hubertus - Festäle
Friedrich-Wilhelm-Str. 32
empfehl. Saal und Vereinszimmer
für Vereine und Gesellschaften
Neue Bewirtung

Thomas & Exner
Am Rathhaus 25
Damenkleiderstoffe
Waschstoffe Herrensstoffe Seidenstoffe

Oskar Baum
Sternstr. 77, Ecke Hedwigstr.
Wäsche / Schürzen / Kleider

Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Konfektion, Arbeiterbekleidung
Kaufhaus Gertrud Salz
Neudorfstr. 76
Vorzeiger dieses erhält 2 Proz. Rabatt!

M. Riedel
Färberei und Chemische Wasch-Anstalt
Filialen in allen Stadtteilen

Schuhwaren, Lederausschnitt
Anton Beier
Althüßerstr. 23

Naumann Nähmaschinen
Alois Schlesinger
Schmiedebrücke 29a
Teilzahlung gestaffelt

Genossinnen, Genossen und Leser, kauft nur bei den Inserenten unserer Zeitung.

Soziales

Der neue Befehl

Hundertkämpfappell im Hof der Kaserne. Der Herr Hauptmann lächelte bereits von ferne: „Also lieben Leute, Heule, noch so ein Erlaß, Na, zum Spaß, Leutnant Müller, lesen Sie vor...“

Sabels

Ein neuer SPD.-Schwindel

Die „gerfeste“ SPD. in Mitteldeutschland

Die „Volkswacht“ und andere SPD.-Pravda-Blätter „enthalten“ wieder einmal. Wie sie in regelmäßigen Zwischenräumen irgendwo in Deutschland eine „kommunistische Verleumdung“ entdecken, so ist es diesmal wieder der mitteldeutsche Parteibezirk der „im Sterben“ liegt.

Das diesmalige Geschreibsel über den Zusammenbruch der „mitteldeutschen Hochburg der SPD.“ ist jedoch aus einem ganz besonderen Anlaß entstanden. Mit mehr oder weniger lässlicher Meise wird dem erlauteten Zeitgenossen von kommunistischer Verleumdung erzählt, zur selben Zeit, wo jedes Kind in Mitteldeutschland über die jämmerliche Lage der SPD. genau orientiert ist.

Wir haben nicht an, ganz offen über unsere Mitgliederzahlen zu sprechen. Mag die „Volkswacht“ phantastieren: wir können die Tatsachen offen darlegen. Im Oktober 1923 hatte die Partei eine Mitgliederzahl von rund 18000 zahlenden Mitgliedern.

Der Fall Finkelmeier gibt der SPD. den äußeren Anlaß, aber den kommunistischen Bankrott zu phantastieren. Finkelmeier ist aus der SPD. ausgeschlossen. Wir können bei uns nur klare und bewusste Revolutionäre brauchen.

Auch in allem übrigen ist das Geschreibsel lächerliche Phantastik. Weshalb schreibt man von dem bevorstehenden Ausschluss des Genossen Schönlaht? Wünscht die SPD. auf diese Weise den Genossen Schönlaht zu gewinnen?

Auf den Teil des Programms, der sich mit der Produktionsgenossenschaft Halle beschäftigt, sei nur bemerkt: Die Produktionsgenossenschaft ist ein rein wirtschaftliches Druckerei-Unternehmen auf genossenschaftlicher Grundlage.

Provinzial- und Kreistagswahlen in Preußen

Das neue Wahlgesetz

Durch Beschluß des preußischen Landtages ist die Tätigkeit der Kreis- und Provinziallandtage am 1. November d. Js. beendet.

Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes geben wir nachstehend wieder und empfehlen unseren Genossen den Artikel auszuscheiden und aufzubewahren.

1. Zahl der Provinziallandtagsabgeordneten.

Bei einer Einwohnerzahl bis 2 Millionen entfällt auf je 25 000 ein Abgeordneter, innerhalb der dritten Million auf 35 000, innerhalb der vierten Million auf 50 000, innerhalb der fünften Million auf 75 000 und innerhalb der sechsten Million auf je 100 000 mit der Maßgabe, daß die Zahl der Abgeordneten mindestens 30 betragen muß.

Die Wahlzeit ist auf 4 Jahre festgesetzt, die alten Abgeordneten aber bleiben bis zur amtlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses in Tätigkeit.

2. Wahlrecht.

Wahlberechtigt sind diejenigen über 20 Jahre alten Frauen und Männer, die in der Provinz ihren Wohnsitz haben, nach Vollendung des 25. Lebensjahres aber auch wählbar.

3. Wahlverfahren.

Jeder Stadt- oder Landkreis bildet einen Wahlbezirk. Doch sind solche, auf die nach der Einwohnerzahl nicht mindestens ein Abgeordneter entfällt, vom Provinzialauschuß dem Nachbarkreis anzuschließen.

Dabei aber sind die Parteien, die in keinem Wahlbezirk mindestens die einfache und in der ganzen Provinz nicht min-

destens die doppelte Verteilungszahl erreicht haben, ausgeschlossen. Die Abgeordnetenliste werden nunmehr zunächst auf die einzelnen Regierungsbezirke der Provinz nach der Einwohnerzahl verteilt.

Innerhalb eines jeden Regierungsbezirks werden die ihm zugefallenen Abgeordnetenliste zunächst auf die Gruppen von Wahlvorschlägen mit gemeinsamem Kennwort und dann auf die einzelnen Wahlvorschläge verteilt.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und erhalten die Stadt- und Landkreise zwei Drittel der Kosten von der Provinz ersetzt.

4. Wahlergebnis.

Der Provinzialauschuß stellt das Wahlergebnis fest und läßt es öffentlich bekannt. Jeder Wahlberechtigte kann innerhalb 14 Tagen danach Einspruch bei dem Provinzialauschuß einlegen.

Die einzelnen Paragraphen des ersten Teiles des Gesetzes Anwendung. Die Zahl der Kreistagsabgeordneten beträgt in Kreisen mit 30 000 oder weniger Einwohner 20.

Für die Kreistagswahlen

finden die einzelnen Paragraphen des ersten Teiles des Gesetzes Anwendung. Die Zahl der Kreistagsabgeordneten beträgt in Kreisen mit 30 000 oder weniger Einwohner 20.

Im allgemeinen bringt das neue Gesetz nur geringe Fortschritte und Verbesserungen, dafür aber eine außerordentliche Verschlechterung der Geschäftsordnung.

Wie im Reichs- und Landtag will man auch in den Provinziallandtagen den Präsidenten diktatorische Gewalt geben, um unbecommene kommunistische Abgeordnete mit Polizeigewalt an der Ausübung ihrer proletarischen Pflichten zu verhindern.

Nun, es wird Aufgabe unserer Genossen sein, durch gründliche, schon jetzt beginnende Vorarbeit der Wahl dafür zu sorgen, daß die Zahl der kommunistischen Provinzial- und Kreistagsabgeordneten stark genug wird, um die Absichten der Hausrechtsparteien und Sozialräuber zu durchkreuzen.

Anmerkung: Nach den neuesten Meldungen ist der Wahltermin auf den 25. Oktober festgesetzt worden.

Die Ortsgruppe Breslau des Kommunistischen Jugendverbandes veranstaltet Freitag den 21. August, abends 8 Uhr, in den Hubertuskäfen, einen

Proletarischen Abend

bestehend aus Gesang, Rezitationen, Sprechchor, lebenden Bildern, Ansprache und dem Propagandastück: „Die Lebende Zeitung“.

Eintritt 30 Pfg. und 5 Pfg. Steuer. Genossen, Leser, ersucht alle! Karten sind bei den Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes, und in der Buchhandlung, Trebnitzer Straße 50, zu haben.

Rückstattung von Lohnsteuern

Ablos über Antragstil 31. Dezember.

Durch die Neuregelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn haben die Lohnsteuerpflichtigen in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf die Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuerbeträge erhalten.

Ursprünglich sollte die Frist zur Uebermittlung solcher Anträge an das Finanzamt am 31. Juli ablaufen. In dem Einkommensteuergesetz, das der Reichstag verabschiedet hat, ist aber die Frist bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden.

Fahnenweihe in Stabelwitz

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Stätte der schönsten Veranstaltungen haben wir wohl in Stabelwitz erlebt. Zu Fuß per Bahn, Rad und Wagen kamen die Arbeiter hier zusammen.

Wasserbühnenfest der freien Turnerschaft

Die Freie Turnerschaft Breslau veranstaltet am Sonnabend, den 29. August, abends 8 Uhr auf der Ober an der Solteshöhe ein großes Wasserbühnenfest.

Bei der Breslauer Feuerwehr können laut Magistratsmitteilung noch einige Feuerwehrmänner eingestellt werden.

Eine Aktentafel mit Ausweispatenten hat ein erwerbsloser Genosse gestern Abend in der Mitgliederversammlung des K. J. B. im „Feldschloßchen“ weinstreifeln lassen.

Parteiveranstaltungen

Breslau. - Donnerstag, 20. August, abends 7.30 Uhr Gesamtversammlung im Rosen Wägen Kupfererschloß, Zellenroste, Mitglieder, K. J. B. und Gewerkschaften.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. - Donnerstag, 20. 8. Generalprobe im Hubertuskäfen. Alle K. J. B. Mitglieder erbeten.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. - Gruppe Nord. Sonnabend, 22. 8. abends 8 Uhr: Versammlung. Gruppenleiter haben alle Kameraden zu benachrichtigen.

Versammlungsanzeigen

